





gäben der ermittelten Fälle festzustellen, um so besser vorbeugend mitzu können. Da jedoch die Regierung ihre Informationen, wenn nicht ausschließlich, so doch überwiegender, bei den Unternehmen oder den von diesen unterrichteten Aufsichtsbeamten erhält, ist es nicht verwunderlich, daß in verhältnismäßig vielen Fällen den Arbeitern die Schuld zugemessen wird. So sollen im Jahre 1913 von 32 Explosionsfällen und im Jahre 1914 von 31 Explosionsfällen 7 auf grobe Fahrlässigkeit oder verbotswidriges Verhalten der Arbeiter zurückzuführen sein. Wir können natürlich die Angaben nicht nachprüfen, halten uns jedoch, auf Grund alter Erfahrungen, zu einer sehr vorsichtigen Bewertung der amtlichen Feststellungen berechtigt, soweit diese die Ursachen von Unfällen betreffen. Die Zahl der ermittelten Explosions- und Brände sowie die der dabei getöteten oder verletzten Personen ist nachstehend für die Jahre 1912—1914 zusammengefaßt.

Fahr	Bahl der Betriebe	Bahl der Expl. bzw. Brände	Es wurden Arbeiter verletzt
a) Explosions 1912	25	88	22 61
1913	22	32	16 48
1914	20	31	32 53
b) Brände ... 1912	3	17	2 16
1913	8	18	— 10
1914	8	23	10 18

Die Tabelle zeigt einen Rückgang der Zahl der Explosionsfälle. Jedoch ist die Zahl der dabei getöteten Arbeiter im Jahre 1914 wesentlich höher als in den beiden Vorjahren. Das erklärt sich wohl daraus, daß in den fünf Kriegsmonaten des Jahres 1914 in den Explosivstofffabriken mit vermehrter Arbeiterzahl und gesteigerter Anstrengung gearbeitet und damit natürlich die Explosionsgefahr erhöht wurde. Das Jahr 1915 wird, soweit wir überleben können, diese Zahlen leider noch ganz wesentlich anschwellen lassen. Die Brände forderten in den beiden Jahren 1912 und 1913 nur 2, im Jahre 1914 dagegen 10 Opfer. Auch da wird die gleiche Ursache mitwirken wie bei den Explosionsfällen.

In der Zusammenstellung der Regierung werden auf Grund der Ermittlungen auch einige Worte gegeben, die zur Verhütung von Explosions- und Bränden beitragen sollen. Da unsre in der Explosivstoffindustrie beschäftigten Mitglieder das allerlebstestste Interesse daran haben, daß ihnen solche Verhütungsvorschläge bekannt werden, geben wir sie (nach dem „Centralblatt für Gewerbehygiene“) hier wieder, soweit sie von der Arbeiterschaft kontrolliert, gefordert oder befürchtet werden können.

Mehrere Explosionsfälle in dem Vorbrech-, Sieb- und Polierwerk einer Pulverfabrik sind vermutlich auf unvorsichtiges rücksichtloses Einräumen und Ingangsetzen der Pulververarbeitungsapparate zurückzuführen, wobei angenommen wird, daß einzelne Teile der schon jahrelang im Betriebe befindlichen Apparate sich gegeneinander verschoben und dadurch Risse und Spalten gebildet haben, in denen sich Pulverstaub angesammelt hat, der dann beim Betriebe der Apparate zur Entzündung und Explosion gekommen ist. Bei der Neuauflage ist daher besonderer Wert auf sorgfältige Bauart und feste Einräumung der Teile der Apparate gelegt worden und den Arbeitern ein besonderes vorsichtiges, sorgfältiges Ingangsetzen zur Pflicht gemacht worden. Da außerdem die Möglichkeit elektrischer Funkenbildung innerhalb der Apparate nicht von der Hand zu weisen war, wurden die Apparate für sich unabhängig von der Blitschutzanlage gerichtet. Weiter wurde die Ausrüstung getroffen, daß die Rohstoffe über Magnete geführt werden, um das Eindringen von Eisenteilchen in die Pulvermasse zu verhindern.

In einem Kolloidiumwolltrockenhaus sind beim Herausschaffen getrockneter Kolloidiumwolle aus dem Trockenhaus mehrere hundert Kilogramm Wolle wahrscheinlich dadurch zur Explosion gekommen, daß ein Arbeiter verstreute Wollteilchen durch seine mit eisernen Nägeln besetzten Holzpanzefallen einzündete. Den Arbeitern soll künftig eine geeignete Fußbekleidung zur Verfügung gestellt werden, und außerdem sollen in den neuen Trockenhäusern die Trockenhorden nur so hoch werden, daß sie vom Fußboden aus bedient werden können und ein Besteigen von Leitern sich erübrigte.

In einer Pulverfabrik geriet im Pulverpreßhaus beim Einräumen von Pulver in einen Trockenschrank dessen Inhalt in Brand, der sich auf den Haspel und den nächsten Schrank, vermutlich durch Unvorsichtigkeiten in den Türen, übertrug. Wahrscheinlich durch die Absaugleitung für Aether-Alkoholdämpfe wurde der Brand dann auf die übrigen Trockenschränke übertragen. Bei der Neuauflage sind die Trockenschränke und die Haspel je in einem besonderen Raum aufgestellt, und die Absaugleitung ist mit Drahtseilen zur Verhütung des Fortschreitens einer Explosion oder Entzündung ausgerichtet.

Auf den zu schnell und unvorsichtigen Zusatz von Nitro in beim Nitrieren von Bi- zu Trinitrotoluol, der eine plötzliche Temperatursteigerung und dadurch Zersetzung des Nitriergutes zur Folge hatte, wird die Explosion eines Nitriergessels zurückgeführt.

Bei zwei Explosions von Zündsatz (Knallquäffilber) in der Mischkammer eines Mischwerkes bewährte sich sowohl die Bauart des Mischhauses (die Fenster wurden wie vorgesehen herausgeworfen) wie auch die getroffene Sicherheitseinrichtung, bei welcher die Bedienung der Mischkammer mittels Schurzugs vom Vorraum des Mischhauses aus bei automatisch verriegelter Verbindungstür erfolgte. Der Vorraum und der darin befindliche Bedienungsmann blieben unverletzt.

In einer Zündhütchenfabrik entstand im Tummelhaus, in dem die fertigen geladenen Sprengkörpern von etwa anhaftendem Zündsatz gereinigt werden, beim Beschüften der Siebvorrichtung durch Entzündung wahrscheinlich infolge Reibung des anhaftenden Zündsatzes eine Explosion. Die Siebvorrichtungen werden künftig von außen beschichtet und entfeuchtet.

Eine Explosion beim Füllen von Sprengkörpern mittels Lademaschine hatte eine besonders starke Wirkung dadurch, daß die Arbeiter, um an Wegen zu sparen, eine größere Menge von Zündsatz aus dem Lager geholt und hinter der Schutzwand der Ladestube angehäuft hatten. Die Genehmigungsurkunde sieht nur 1 Kilogramm in der Maschine und 1 Kilogramm vor Ort zu.

Bei der Herstellung von Amoresbogen ereigneten sich zwei Explosionsfälle. In dem einen Falle explodierte ein Baden Amoresbogen, den die mit dem Einschneiden der Bogen beschäftigte Arbeiterin auf dem Arbeitsstisch zwecks Entnahme eines Bogens zu sich heranziehen wollte, wahrscheinlich infolge Reibung auf

der Tischplatte. Die Herstellung von Amoresbogen, die bis auf einen schmalen Streifen auf der einen Seite eingeschnitten und in dieser Form in den Handel gebracht werden, wurde infolge dieses Unfalls aufgegeben und der Verkehr mit solchen Amoresbogen verboten.

### Geschäftsabschlüsse von Oelfabriken.

Die Oelfabriken leben allgemein unter dem Mangel an Rohstoffen. Die Nachfrage von Oelfraktionen und Rohölern ist unterbunden, und einheimische Rohstoffe sind nur in verhältnismäßig geringem Umfang vorhanden. Die Betriebe arbeiten beständig, soweit sie nicht völlig brach liegen, mit stark verminderter Arbeiterzahl und verlängter Arbeitszeit. Trotzdem erzielten einzelne Unternehmungen im letzten Geschäftsjahr noch annehmbare Gewinne. So vor allem im Bereich der drei großen Oelfabriken in Mannheim, für den das mit Ende Juni abgeschlossene Geschäftsjahr geradezu glänzende Erträge brachte.

Im Bericht des Unternehmens heißt es, daß die Betriebe der Gesellschaft in der ersten Hälfte des Berichtsjahrs die Fabriken noch in annähernd normalem Betriebe gehalten werden konnten, während sie sich später hauptsächlich auf die Verarbeitung der ihr von den Reichsbahnen zugeteilten Mengen konzentrierten. Trotz dieser Verkürzung ist der Fabrikationsgewinn nur unzureichend unter den des Vorjahres, der außerordentlich hoch war, gesunken. Der Gewinn ist sogar höher als der des Vorjahrs, weil die Einnahme aus Binsen rund 600 000 Mark betrug gegen nur 34 000 Mark im Jahre zuvor. Die Gesellschaft hat demnach erhebliche Mittel, die früher in Rohstoffen u. v. angelegt waren, einzutragen, vielleicht auch speziell vermietet. Von dem 2 812 689 Mark betragenden Gewinn (s. B. 2 805 638 Mark) sollen wieder 1 680 000 Mark als 12 Prozent Dividende verteilt werden. An Rentenien und Gratifikationen werden 450 694 Mark verteilt; das ist eine im Verhältnis zum Aktienkapital (14 Millionen Mark) außerordentlich hohe Summe. Die Reserven werden reichlich bedacht, die Abschreibungen sind hoch, an Sonderabschreibungen werden einer außerordentlichen Reserve 140 634 Mark und einem neu gebildeten Fonds ohne Zweckbestimmung 500 000 Mark überwiesen. Dann werden noch 253 882 Mark auf neue Rechnung vorgetragen. In der folgenden Tabelle sind die Zahlen der Abschlüsse für das Jahr 1911/12 bis 1915/16 zusammengefaßt:

(in Mark)	1911/12	1912/13	1913/14	1914/15	1915/16
Vortrag . . . . .	152 899	164 677	181 482	231 536	251 468
Fabrikation . . . . .	2 576 999	2 792 886	2 924 486	3 236 321	3 132 623
Rohstoffe . . . . .	307 929	379 289	430 225	379 824	362 509
Ginsenimnahmen . . . . .	107 388	118 839	265 238	34 322	606 481
Verluste . . . . .	33 016	5 305	21 862	13 756	—
Abschreibungen . . . . .	412 842	534 249	542 948	571 925	573 906
Eingewinn . . . . .	1 715 815	1 755 204	1 664 213	2 305 638	2 812 689
do. samt Vortrag . . . . .	1 868 714	1 919 882	1 845 695	2 537 175	3 064 157
Spezialreserve . . . . .			800 000		
Außenordn. Reserve . . . . .	85 791	87 760	43 211	115 282	140 634
Res. für Verbesserung . . . . .	100 000	100 000	—		
Rentenien u. Grat. . . . .	300 246	318 639	102 948	451 424	450 694
Tolonteu. . . . .	18 000	17 000	48 000	19 000	19 000
Dividende . . . . .	1 140 000	1 200 000	600 000	1 680 000	1 680 000
do. in Prozent . . . . .	9%	10	5	12	12
Unterstützungsfonds . . . . .	60 000	20 000	20 000	20 000	500 000
Mittel. für 1916/17 . . . . .	—				
Vortrag . . . . .	164 677	181 482	231 536	251 468	253 828

Die Zusammenstellung zeigt, daß die Gesellschaft in der Kriegszeit weit bessere Geschäfte gemacht hat, als in den Friedensjahren. Die Verwaltung spricht überdies in ihrem Bericht aus, daß die Aktionäre auch im kommenden Jahre mit einem „befriedigenden Ergebnis“ rechnen könnten. Das ist gewiß sehr beruhigend für die Aktionäre.

Ungünstiger als der Verein der Mannheimer Oelfabriken, aber immer noch verhältnismäßig gut, haben die Vereinigten Bürger Oelfabriken, vorw. H. Thiel, abgeschlossen. Diese Gesellschaft erzielte in dem am 30. Juni 1916 abgelaufenen Geschäftsjahr einen Betriebserfolg von 2 631 899 Mark gegen 3 612 588 Mark im Jahre zuvor. Da aus dem glänzenden Ergebnis des Vorjahrs ein Vortrag von 1 369 684 Mark zur Verfügung steht, beträgt der Gewinn noch reichliche Abschreibungen 2 099 284 Mark. Das ist zwar fast 1 Million weniger als im Vorjahr, aber immer noch reichlich viel bei einem Aktienkapital von 10 Millionen Mark. Die Aktionäre erhalten 1 470 000 Mark als 14prozentige Dividende gegen 1 680 000 Mark (16 Prozent) im Vorjahr. Als Rentenien werden 357 856 Mark verteilt. Das ist eine sehr hohe Summe. Wie kleiner ist die für Gratifikationen an Beamte und Arbeiter ausgeworfene Summe mit 60 000 Mark und ganz bescheiden ist im Vergleich zu den Rentenien das Sämmchen von 25 000 Mark, das für „soziale Lasten“ ausgeworfen wird. Auf neue Rechnung werden 1 458 911 Mark vorgetragen. Das ist eine recht ansehnliche Kriegsreserve, die, wie die Verwaltung meint, die Ausschüttung einer angemessenen Dividende auch für das neue Jahr selbst dann ermöglichen soll, wenn der Geschäftsgang sich ungünstig gestalten sollte. Die Aktionäre können also zunächst beruhigt sein. Ueber die Ausführungen sagt die Verwaltung, daß sie günstigere Versorgung mit Rohstoffen erhofft, außerdem bemüht ist, die Einrichtungen des Unternehmens „den durch den Krieg geschaffenen Verhältnissen anzupassen und jede Möglichkeit zur Beschäftigung auszunutzen“.

### Kriegsbilanzen in der Papierfabrikation.

Die deutsche Papier- und Papierstoffindustrie hat im ersten Kriegsjahr zweifellos einen schweren Stand gehabt. Das kommt in den Jahresabschlüssen der Aktiengesellschaften deutlich zum Ausdruck. Die Zurückhaltung der Papierverarbeiter mit Aufträgen bei Ausbruch des Weltkrieges und die auch im Geschäftsjahr allgemein herrschende Stilleigkeit, die allerdings nach kurzer Zeit einer praktischen Anpassungsfähigkeit an die Kriegsverhältnisse Platz macht, sowie die sofortige Einziehung tüchtiger und geübter Arbeitskräfte zum Kriegsdienst führte zu Betriebsstillständen und Betriebs einschränkungen. Zudem war ein großer Teil der Papierfabrikanten an langwierige Lieferungsverträge gebunden, in denen die berüchtigten „Konkurrenzpreise“ teilweise eine große Rolle spielten, die für die erhöhten Produktionskosten keinen Ausgleich mehr boten und dadurch zu Geschäftsverlusten führten. Leider war die Zahl derjenigen Papierfabrikanten und Papierstoffwerke nicht klein, die infolge verschärfter Konkurrenz und Spekulationswut in die Krallen des Pleitegeiers geraten waren und denen das Sterbeglocke schon geklungen haben mußte, noch ehe die Sturmklöcke zum Weltkriegsrufe rief.

Die Sünden aus vorburgfriedlicher Zeit und die gewiß nicht zu bestreitende Rolle der Papierindustrie als Folge des Weltkrieges im ersten Kriegsjahr müssen heute dazu herhalten, um die Bereicherung der Papier- und Papierstoffindustrie zu demonstrieren. Im „Papierkonsortium“ Nr. 31 befindet sich unter dem Titel „Kriegsbilanzen“ eine Berechnung über die Rentabilität der Aktiengesellschaften für die Geschäftsjahre 1914 und 1915, soweit das selbe am 30. Juni abläuft, der wir folgende Ausführungen und Rechnungen entnehmen:

„Von den deutschen Aktiengesellschaften der Papier- und Papierstoffindustrie schließen 29 Gesellschaften zu Mitte des Jahres ab. Der letzte Abschluß der Friedenszeit umfaßt den Zeitraum vom 1. Juli 1913 bis 30. Juni 1914, während die darauffolgende Bilanz per 30. Juni 1915 Bezug hat auf einen Friedensmonat und die ersten elf Kriegsmonate. Beide Abschlüsse bieten recht interessante Vergleiche. Von den in Frage kommenden 29 Gesellschaften, welche zusammen über ein Aktienkapital von 42 599 300

Mark verfügen, schlossen am 30. Juni 1914 nach Berücksichtigung der Abschreibungen 16 Gesellschaften mit einem Bruttoeinkommen von 4 398 974 Mark ab, während die restlichen 13 Gesellschaften einen Verlust von 2 192 123 Mark erbrachten. Zum 30. Juni 1915 änderte sich das Bild, indem wir hier nur noch 13 Gesellschaften haben, welche einen Bruttoeinkommen herauswirtschaften, nämlich 1 432 994 Mark, dagegen 16 Gesellschaften mit einem Verlust von 4 138 577 Mark.

Es betragen insgesamt:

zum 30. Juni 1914 zum 30. Juni 1915

a) die Abschreibungen . . . . .	8 758 441	8 434 590
b) die Inventurverluste . . . . .	20 124 170	16 787 814
c) die Lohnstände . . . . .	14 458 106	13 249 836
d) die laufenden Schulden . . . . .	26 880 083	24 726 816

Zusammengefaßt, verbleibt im letzten Friedensjahr ein Gewinn von 2 208 861 Mark, oder 5,18 Prozent, im ersten Kriegsjahr aber ein Verlust von 2 706 183 Mark, oder 6,35 Prozent.

Es ist wohl anzunehmen, daß die in Privatbesitz befindlichen Fabriken unserer Industrie annähernd mit denselben Ergebnissen gearbeitet haben.“

Derartige Berechnungen geben gewiß einen guten Überblick über die Lage eines Industriezweiges, doch erlangen sie erst dann vollen Wert, wenn der Verfasser die Ursachen einer übermäßigen Gewinnsteigerung, oder wie im vorliegenden Falle das Vorhandensein großer Unterbilanzen zu ergreifen sucht und sich nicht damit abfindet, den Weltkrieg als Urheber alles Glücks und Unglücks zu betrachten. Der Verfasser der vorliegenden Rentabilitätsberechnung hat sich nicht veranlaßt gesehen, die nach seiner Ansicht maßgebenden Ursachen der Unterbilanzen mit benannt zu geben. Wir werden deshalb versuchen, auf Grund unserer Einschätzungen und Kenntnisse die Ursachen zu ergründen und gehen wohl in der Annahme nicht fehl, daß auch dem Verfasser die im „Handbuch der deutschen Aktiengesellschaften, Ausgabe 1916 II.“ verzeichneten 29 Aktiengesellschaften zur Grundlage gedient haben.

Da ist zunächst das Schmerzenland der Aktiengesellschaft für Maschinenpapierfabrikation in Wiesbaden, die „Oberbayerische Zellstoff- und Papierfabriken A.-G.“ in Bredenfelde mit der „Papierfabrik am Baum“ bei Wiesbaden. Diese Gesellschaft wurde 1904 gegründet und 1911 von der Wiesbadener Firma erworben. Seit ihrem Bestehen verteil

Der größte Teil der mit Verlust arbeitenden Gesellschaften war also vor Beginn des Krieges nur noch mit künstlichen Mitteln lebensfähig zu erhalten und nach dem Urteil des Papierindustriellen Christoffer „wert, von der Bildfläche zu verschwinden“. Es ist deshalb ganz natürlich, daß diese Gesellschaften die Gesamtrentabilität der 29 Werke ungünstig beeinflussen.

Durch hohe Abschreibungen, Überweisungen großer Geldbeträge an die verschiedenen Fonds usw. kann der ausgeschüttete Bruttogewinn der unter günstigen Verhältnissen arbeitenden Gesellschaften vermindert und deren Rentabilität künstlich herabgedrückt werden. Ein Teil der Firmen hat größere Studistellungen für eventuelle Kriegsverluste gemacht, einige davon haben besondere Fonds dafür errichtet. Die Patentpapierfabrik Wenig hat 12 501 Mark für Forderungen im feindlichen Auslande bereitgestellt. Wir wissen, daß selbst mit schweren Verlusten aufwartende Gesellschaften große Rückstellungen in Kriegsfestfonds gemacht haben, und erinnern dabei nur an die Zellstofffabrik Waldhof, die 1914 einen Verlust von 9 772 961 M. verzeichnete, dabei aber 10 Millionen Mark für Kriegsverluste bereitgestellt hat.

Selbstverständlich können lebensfähige Firmen, die die Rentabilität der gesamten Industrie schwer belasten und deren Verhinderung der Bildfläche für unsre Volkswirtschaft sicherlich keinen Nachteil bedeuten würde, für die Beurteilung der Rentabilität einer Industrie nicht maßgebend sein. Durch die Entziehung hoher Summen aus dem Steingeminn zur Bereitstellung für irgendwelche Zwecke wird aber der zur Ausschüttung kommende Bruttogewinn oftmals bedeutend ermäßigt, was bei der Beurteilung des wirklich erzielten Überschusses zu beachten ist.

Lebhaft enthalten die Geschäftsberichte im zweiten Kriegsjahr für die Aktionäre teilweise recht verheißungsvolle Zahlen, durch die ihnen ein „goldenes“ Pflaster auf die in den ersten Kriegsmonaten geschlagenen finanziellen Wunden gelegt werden kann. Durch kräftige Preiserhöhungen haben die Papierindustriellen dafür gesorgt, daß ihr kapitalistischer Weizen wieder blüht. Mögen die Papierarbeiter durch Ansturm an ihre Organisation und mit Hilfe derselben dafür sorgen, daß die Ernte nicht vollständig in die Goldkammern der Papierindustriellen wandert, sondern daß auch sie den ihnen zustehenden „Zehnten“ prompt erhalten.

G. St.

### Regelung der Druckpapierpreise.

Den vorliegenden Tag der Zeitungsverleger nach Höchstpreisen für Zeitungsdruckpapier hat die Reichsregierung durch Veröffentlichung einer diesbezüglichen Verordnung am 31. Juli 1916 festgegeben.

Zur Regelung des Verkehrs mit Zeitungsdruckpapier hat die Reichsregierung eine „Reichsstelle für Druckpapier“ errichtet, in der unter dem Vorsitz eines Reichskommissars die Vertreter der Zeitungsdruckpapierfabrikation und der Zeitungsverleger zu gleichen Teilen vertreten sind. Die Reichsstelle hat das Recht, Höchstpreise festzulegen und Einsicht in die bereits bestehenden Lieferungsverträge zu nehmen. Die Überschreitung der von der Reichsstelle festgesetzten Preise wird mit Gefangenstrafe bis zu sechs Monaten oder mit Geldstrafe bis zu 10 000 M. bestraft. Dieselbe Strafe hat derjenige zu ertragen, der die Einsicht in die Verträge verweigert, wissenschaftliche oder unvollständige Angaben macht.

Die Zeitungsdruckpapierpreise hat die Reichsstelle vorläufig folgendermaßen festgelegt: Als Friedenspreise gelten die am 30. Juni 1915 gezahlten Preise für maschinengeschafftes, holzhaltiges Druckpapier. Auf diese jüngsten Friedenspreise hat die Reichsstelle einen Aufschlag von 15 M. und für Formatpapier von 17 M. für je 100 Kilogramm.

Dann ist der Kampf um die Druckpapierpreise zwischen Papierfabrikanten und Verleger weitergegangen. Mit dem Papierfabrikanten um den Verhältnissen entsprechenden Preisabschlägen kommt nun die Papierarbeiter verlangen, daß ihnen von der Reichsstelle geringe und ergiebige Fühlungnahme mit den Arbeitersorganisationen, Preisabschläge festgesetzt werden, die unter den heutigen Verhältnissen eine entsprechende Erhöhung der Papierarbeiter und ihrer Familien ermöglichen. Diese Forderung der Arbeiter hat mindestens ebensoviel Berechtigung wie die der Papierfabrikanten und Zeitungsverleger nach ausländischen Papierpreisen.

### Berlin eingetragener Druckpapierarbeiterverein.

Unter diesem Namen haben sich jüngst nicht dem Berband Deutscher Druckpapierarbeiter angehörende Papierarbeiter, die maschinengeschafftes Zeitungsdruckpapier herstellen, zusammengetroffen. Ein des Vereins ist Berlin. Vorsitzender ist Herr E. Neuhäuser i. G. Papierfabrik Biegenhals Glücksburg. Neuhäuser.

### Geschäftsbericht der Firma Knorr, Heilbronn.

Beim Sammeln des 17. Geschäftsberichts der Aufzugsmechanikfirma E. S. Knorr, A. G., Heilbronn, für das Geschäftsjahr 1915/16 erinnerte sich Leiter der Aufzugsmechanikfirma, wo der Großteil in diesen Jahren neu errichteter Aufzüge vom gemeinsamen Krieg erfaßt und lag: „Ja, Kinder, es war eine große Zeit, wir haben an einem Tage 100 000 M. verloren.“ Nicht ganz so viele, aber immerhin für die Aufzugsmechanikfirma sehr große Verluste, die jetzt aufgezeigt werden. Der Betrieb des letzten Jahres als Sonderarbeit, herausgehoben wurde aus die Gewinne. Hohe Erhöhung der Leistungsfähigkeit des neuen Betriebes wird nicht erkennen der tatsächliche Verlust der Aufzüge. Danach erkennt sie die Wirkung der Angestellten und Arbeitern sowie der Arbeitnehmer, die jetzt an vielen Stellen die Arbeit der Firma durch herzhaften Willen ausführen, leicht es leichter im Betrieb, aber nicht wie früher. Leider nicht den Lohn der Männer erhalten, denn Arbeit ist leichter. Sofern wir uns zunächst das Ergebnis an:

Bei einem Umsatzeinkommen von 5 Millionen Mark betrug der Bruttoverlust 30372 19 M. = 67,4 Proz. Hierzu kam noch der Verlust vom Jahre 1914/15 im Betrage von 1 492 161 M. ja doch das gesamte Ergebnis 4 439 323 M. betrug. Das eigene Bruttoeinkommen 161 361 M. zu Wiederholungen und 15 000 000 M. als Sonderbetriebsergebnisse konnten, so daß noch 3 807 353 M. zu Verlusten der Gewinnabschöpfung der Mitarbeiter führten. Diese Summe wurde wie folgt verteilt:

Für eine Sonderablage	250 000 M.
Mühle für Unternehmens- und Stoff-	
ablage	200 000
Unternehmens- und Stoffablage und	
Arbeiter	200 000
Für beschädigte Stühlen	80 000
10 Prozent Abfindung an die Männer	750 000
Verlust auf neue Herstellung	1 607 353

Die Abfindungen sind übertrieben hervorgehoben worden, was

ja sonst die Sonderablage darstellt. Es stehen unter anderem

die Summe:

Der Gehaltsabzug	mit 1 M.
Gehaltsabzug	4
Telephonabzug, Schreiber, Telefonist	1
Vertrieb, Gehaltsabzug	3
Die geleisteten Dienstleistungen absondernden Kosten	9 M. (1)

Bei fast gleichzeitigem Geschäftsergebnis und ja etwas geringerer Gewinnabschöpfung kann jederzeit der Krieg ist, doch endg

gleichzeitig die Gewinnabschöpfung nicht die Kosten an. Daraus ergibt es

in der Bezeichnung der Arbeitslöhne den Leistungsverhältnissen in ausreichendem Maße Rechnung getragen worden sei. Dem ist leider nicht so, und das ist die Ursache unserer Kritik. Die Höchstlöhne für die Fabrikarbeiter betragen zurzeit 4,20 M., die der Arbeiterinnen 2,60 M. Diese wurden bis jetzt nach fünfjähriger Beschäftigung erreicht. Zu diesen Löhnen, die nur von den geringeren Teilen der Arbeiterschaft erreicht werden, denn es sind seit Kriegsbeginn junge Burschen und Mädchen in größerem Maße beschäftigt als vorher, kommt gegenwärtig ein Leistungsausfall von 15 Prozent. Dieser ist im Vergleich mit der 100 prozentigen Leistung, die wir gegenwärtig auf Maßnahmenmittel allein haben, ungemein; schon deshalb auch, weil die Löhne an sich schon viel zu niedrig sind.

Früher war an den Sommerarbeiten um 1 Uhr mittags. Arbeitslöhne, ohne daß Verdienst erfolgte; jetzt wird wieder bis 5 Uhr arbeitslos gearbeitet und für die 3½ Stunden Mehrarbeit werden nur 1½ Stunden vergütet, was eine nicht unwesentliche Verhinderung gegen früher darstellt. Wohl wird seit dem 1. März 1915 eine Kinderzulage von 1 M. gewährt, aber auch dann kann den nochwendigen Ausgleich nicht schaffen und fällt bei der großen Zahl der ledigen und jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen für die Firma nicht so sehr ins Gewicht.

Angesichts der Geschäftsergebnisse vom letzten Jahr ist die Frage wohl berechtigt: Wäre die Gewährung einer Leistungszulage, die den Verhältnissen einer Rechnung trägt, nicht möglich gewesen? Die Frage stellt heißt sie befassen. Reicht hätte eine Zulage von 30 Prozent gewährt werden können, wodurch den Arbeitern noch kein Drittel der Leistung geweckt worden wäre, ohne daß das Geschäft Schaden gelitten hätte. Wir schätzen die Kosten der gegenwärtigen Zulage auf 200 000 M., gut gerechnet. Hätte der Aufsichtsrat 100 000 M. weniger Sonderabfertigungen vorgenommen, dem Vortrag auf neue Kleidung 100 000 Mark entnommen, hätte die Zulage leicht verdoppelt werden können, ohne daß an den andern, übereich bedachten Posten Streitungen nötig geworden wären. Tausende von Erfassen sind gegenwärtig nicht in der Lage, ihre laufenden Verpflichtungen zu erfüllen, gehörige Reserve angesammeln, Sonderzulagen und dergl. zu machen, das Großkapital häuft aber in der Zeit der größten Not, die je über ein Volk gefommen ist, gewaltige Summen auf, lange sich Sonderprämien in großem Maße erlauben. Und draußen ist Krieg! Höchste Siegerung der Leistungsfähigkeit des Betriebes bedeutet auch, daß die Arbeiter an Arbeitsleistung hergeben was sie können. Wenn aber bei einer solchen Unterernährung, wie sie schon seit langem auch der Arbeiterschaft bei Knorr bestanden ist, gestiegerte Arbeitsleistung verlangt wird, so ist es ganz selbstverständlich, daß die Gesundheit der Arbeiter unverhinderbar leidet.

Der Aufsichtsrat hat aus den Gewinnen 800 000 M. zu Stiftungen vermacht, darunter auch einen Beitrag von 500 000 M. zur Schaffung eines Hauses für Wöchnerinnen, Säuglinge und Kinder für Stadt und Bezirk Heilbronn. Solche Einrichtungen begründen auch wir, aber der Grund, auf dem ein solches Gebäude errichtet wird, sollte doch auch etwas anders gestaltet werden. Leiben nicht die Frauen, Säuglinge und Kinder bei der angangenen Zeitung und den geringen Löhnen führen ungemein! Es kann für viele nur ein magerer Trost sein, zu wissen, daß es in absehbarer Zeit ein Heim gibt, in dem diese Notseligen untergebracht werden können. Einmal mehr soziales Verständnis für die Lage der Arbeiter in der Zeit, für die, die doch an der Schaffung dieser Riesengetriebe auch etwas beteiligt waren, wäre sehr zu wünschen. Leider hat sich die Betriebsleitung der Firma Knorr immer nach dem geträumt, was in Heilbronn in bezug auf die Löhne üblich war, anstatt das Bedürfnis zu prüfen. Die Möglichkeit besteht, auch den Arbeitern gegenüber eine offene Hand zu zeigen. — Möge die Arbeiterschaft endlich einmal einsehen, daß es auch für sie nötig wäre, mit derselben Konsequenz ihre Interessen zu vertreten, wie dies von selten der Unternehmer gerade auch während der Kriegszeit der Fall ist.

L. Wörner.

### Brunnengasse.

Ein bedauerlicher Unglücksfall ereignete sich am Freitagabend in der in Neuzelle bei Breslau gelegenen Brunnengasse 1a. Der Kommandant Oskar Bischwag (Mitglied unseres Verbandes) war in den im Dogebauhaus befindlichen Brunnentrichter gestiegen, um die Wassererpumpe zu kontrollieren, als er plötzlich von den darin anscheinend sich aufgezimmerten Gasen benommen wurde. Der ihm zur Sicherheit beigegebene Arbeiter, welcher über starr, tief in den Brunnen, als er aber keine Antwort erhielt, machte er sofort der Betriebsleitung Meldung, die auch auf dem schnellsten Wege mit Rettungsapparaten zur Stelle war und sofort Wiederbelebungsversuche anstieß; auch Arzt und Ambulanzen sofort zur Stelle, aber leider konnte der Bedauernswerte nicht wieder ins Leben zurückgebracht werden.

### Gewerkschaftliche Nachrichten.

Der Verband der Lithographen und Steindrucker im Kriegsjahr 1915.

Da das Lithographische und die verwandten Gewerbe zum großen Teil auf den Export angewiesen sind, der durch den Krieg fast völlig unterbunden wurde, so war in diesen Gewerben nicht nur die größte, sondern auch die am längsten andauernde Arbeitslosigkeit anzutreffen, und demzufolge hatte auch der Betrieb unter den Wirkungen des Krieges stark zu leiden. Viele Geschäfte schlossen ganz ihre Pforten und sind heute noch geschlossen. Andere hielten ihre Betriebe nur ganz minimal aufrecht. Die größte Arbeitslosigkeit, die die Lithographen-Organisation je zu verzeichnen hatte, war in den ersten Kriegsjahren. Allmählich verringerte sich das Heer der Arbeitslosen. Am Anfang des Kriegsjahrs waren 4955 Mitglieder zum Militär eingezogen, am Schlusse 9219, so daß der Verband, der am Beginn des Jahres noch 11 028 (vor dem Kriege rund 17 000) Mitglieder zählte, am Schlusse des Jahres 1915 nur noch 6653 männern formte.

Die Gewerkschaftsmitglieder des Verbandes im Jahre 1915 betrugen 370 233 M. (gegen 755 115 M. im Jahre 1914), die Ausgaben 242 053 M. Dazu noch ist bestehender Unterstützungsbeitrag wurden im Jahre 1915 einzuziehen noch an Arbeitslosenunterstützung 52 456 M., Krankenunterstützung für Gehilfen 28 065 M., für Lehrlinge 548 M., Kindernunterstützung 21 282 M., Witwenunterstützung 13 068 M., Rentenförderung für Mitglieder 4876 M., für Mitgliedsfrauen 1175 M. und für behinderte Mitglieder 75 M. gezahlt.

Im Laufe des Jahres wurden 19 Verlustverträge für 84 Betriebe mit 533 Arbeitnehmern erlassen mit teilweise ganz wesentlichen Verdienstbeschränkungen. Am Ende des Jahres 1915 befanden insgesamt 46 Betriebe wie jenseit 2347 Belegschaften, unter denen sich 2074 Verbandsmitglieder befinden. Um einen Ausgleich mit den gewaltigen Preissteigerungen der Lebensmittel zu herstellen, welche fast überall eine lebhafte Bewegung zur Erhaltung von Leistungszulagen ein. Nach den bei der Verbandsleitung eingegangenen Rechnungen erzielten im Jahre 1915 insgesamt 2062 Mitglieder zusammen 3466 M. wöchentliche Leistungszulagen.

Der Verband hat auch im verlorenen Jahre versucht, eine fürsorgliche Tätigkeit für seine kriegsbeschädigten Mitglieder auszuüben. Er hat mit den Unternehmern aller Branchen Auskunftsberichten gepflogen, die für die Chemigraphen und Suppenküchen eine Gemeinschaftsgruppe gebildet haben. Der Schriftverband Deutscher Steindruckereibesitzer hat sich um eine gemeinschaftliche Arbeit mit mir leistet und jeden Versuch zu einer engeren artlichen Verbindung, wie auch die Schaffung eines sozialistischen Arbeitsmarktes für das ganze deutsche Steindruckgewerbe an. Erfolgsbedenken bei der Verband seinen Arbeitsmarktpreis organisch anzubauen, damit durch den Nachweis besonders nach Kriegsbeginn die Unterstützung des Krieges leichter gefordert werden kann.

Im Bericht wird der Übergangsstellung gegeben, daß es durch die getroffenen Maßnahmen der Verbandsleitung möglich sein wird, bei Kriegsende den zufriedenen Kriegern durch den Verband eine gute Stütze zu bieten.

### Die Eingaben der Bergarbeiterverbände.

Die Organisationsvorstände der vier Bergarbeiterverbände haben als Reaktion einer gemeinschaftlichen Beurteilung beschlossen, mehrere Eingaben an die zuständigen Stellen zu richten, um eine wirkliche Verbesserung der Bergarbeiter während der Kriegszeit herbeizuführen. Die erste Eingabe ist an den rheinisch-westfälischen Bergarbeiterverband gerichtet; in ihr wird eine angemessene Aufhebung der Gedinge- und Schätzlohnverordnung gefordert. Diese Forderung wird begleitet mit dem Hinweis auf die gewaltige Lebensmittelsteuerung, die zurzeit in bedenklichem Maße die Leistungsfähigkeit der Bergarbeiter beeinträchtigt habe. Der tägliche Lohnausweis für das erste Quartal zeigt einen Durchschnittslohn von 7,62 M., was, wenn dieser Lohn sich auch inzwischen jährlich erhöht habe, so doch nicht in dem Maße, wie es nötig wäre. Die Eingabe verlangt einen Durchschnittslohn von 9 M., und eine ausreichende Steigerung für die in jedem Lohn stehenden Bergarbeiter. Es wird in der Eingabe gebeten, die in den Bergen eingeführte Kinderzulage nicht auf den Lohn zu berechnen, sondern beiderseits im Lohnbuch zu vermerken; ferner wird eine Veränderung der Löhne und Abholungszahlungen verlangt, um die Parrentzeiten zu kürzen, und schließlich werden die Grubenbesitzer in der Eingabe erachtet, den Arbeitern im Bergbau durch Vorschüsse und begrenzte Mithaltungsbedingungen bei der Kartoffelernte beihilflich zu sein.

Die zweite Eingabe ist an das Kriegssicherungsamt in Berlin gerichtet und verlangt, daß auf den Bergen die Bevorzugung der Goldene über die Befreiung und Verkauf von Nahrungsmitteln unterlassen wird. Es sei dieserhalb auf einige Bergarbeiter bestimmt, um so den Bergbau eine größere Erholung zu verschaffen. Die Eingabe führt eine Anzahl Fälle an, in denen an die Goldene Nahrungsmittel, die bedenklich nicht rationiert waren, es aber nicht verhindert werden kann, wie Mehl, Brot, Käse, Butter, Seife usw. Die Eingabe fordert ferner eine gerechte Verteilung der von den Bergern an die gesamten Belegschaften geleisteten Fleischwaren und Brotscheibenmarken, ebenso wird auf die stark abweichenden Preise für ein und dieselben Lebensmittel hingewiesen; es wird verlangt, daß der Lebensmittelverbrauch und die Verteilung möglichst durch die Gemeinde vor sich gehen sollen. Von den Kartoffelpreisen sagt die Eingabe, daß sie zu hoch seien und herabgesetzt werden müßten, um so den Arbeitern eine bessere und billigere Einführung der Kartoffeln zu ermöglichen. Das Kriegssicherungsamt soll auch dem Unfall mit sog. „Auslandsware“ steuern. Die Bezeichnung „Auslandsware“ deckt vielfach nur die betrügerischen Absichten der Händler und Verkäufer.

Die dritte Eingabe ist dem Kriegsministerium zugetragen worden. Sie stellt eine Art Gutachten über die Massenversorgung auf den Bergern dar. Es wird verlangt worden, daß die Verbände sich hierüber äußern sollen. Die Verbandsvorstände erklären, daß sie die Ausgabe von Speisen auf den Gruben aus technischen Schwierigkeiten heraus nicht befürworten könnten; sie wünschen, daß die Gemeinden das Ausstellen warmer Speisen vornehmen. Gleichzeitig wird ein Preis von höchstens 30 Pf. für eine Portion.

Soviel die Eingaben, von denen wir hoffen, daß ihre Berechtigung anerkannt wird und die in ihnen ausgesprochenen Wünsche erfüllt werden.

### Berichte aus den Zahlstellen.

Ludwigshafen a. R. Am 18. August stand die Generalversammlung der Zahnstelle für das 2. Quartal statt, die leider nur schwach besucht war. Als beim Bericht ist hervorgehoben, daß 29 Verhandlungen und Sitzungen stattgefunden haben. In Einladungen und Rundschreiben wurden 3380 Stück ausgegeben. Die Korrespondenz belief sich auf 1846 Stück, Postkarten 234. Einzelheiten sind während der Kriegszeit nur wenig verändert. Die Eingabe ist die wichtigste Verhandlung, die die Gemeinde vor sich gehen soll. Von den Mitgliedern der Zahnstelle sind bisher 107 als gefallen oder im Felde gestorben gemeldet worden. Als wichtiger Bericht ist die Einführung eines gleichmäßigen Lokalbeitrags vom 1. Oktober an zu vermerken. Bisher betrug der Lokalbeitrag für die Mitglieder in Brotzhausen mit Vororten 10 Pf., während die Außenorte nur 5 Pf. bezahltten. Von 1. Oktober an beträgt der Lokalbeitrag für alle Mitglieder, auch Jugendliche, 10 Pf. Die Notwendigkeit ist dieser Alters ist in diesem Jahr nicht